

Bürgerschaft der Hansestadt Wismar PROTOKOLL

Sitzung des Bau- und Sanierungsausschusses

Sitzungstermin:	Montag, 13.09.2021,
Raum, Ort:	Zeughausaal, Ulmenstraße 15, 23966 Wismar
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	20:15 Uhr

Sitzungsteilnehmer

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Herr Roland Kargel (DIE LINKE.)

Mitglieder

Herr Sigfried Rakow (CDU)

Frau Sibylle Runge (SPD)

Dr.Bernhard Schubach (PIRATEN)

Herr Angelo Tewes (AfD)

Herr Hans-Jürgen Leja (FÜR-WISMAR-Forum)

Dr.Sönke Reimann (parteilos)

Frau Lysann Schmidt-Blaahs (GRÜNE)

Vertreter

Frau Karin Lechner (SPD)

Vertretung für: Herrn Frieder
Bohacek

Verwaltung

Herr Norbert Benz ()

Herr Michael Berkhahn ()

Herr Frank Brosig ()

Frau Nadine Domschat-Jahnke ()

Frau Frederike Gerber	0
Herr Thorsten Günter	0
Frau Grit Schaller-Uhl	0
Herr Marco Trunk	0
Frau Sybille Warthun	0

Gäste

Frau Birgit Adolphi	0
Frau Jana Franke	0
Herr René Fuhrwerk	0
Frau Britta Fust	0
Herr Andreas Treydte	0

Abwesende Mitglieder

Mitglieder

Herr Frieder Bohacek	(SPD)	entschuldigt
----------------------	-------	--------------

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Besichtigung des Löwe-Speichers
- 2 Einwohnerfragestunde
(Bitte den Hinweis in der Einladung beachten!!!)
- 3 Begrüßung durch den Vorsitzenden
- 4 Eröffnung / Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 5 Bestätigung der Tagesordnung
- 6 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.08.2021
- 7 Friedhofsentwicklungskonzept
- 8 Aufhebung Beschlussvorlage Einvernehmen der Gemeinde
- 9 Vorfahrtsregelung Ostseeradweg
(verwiesene Vorlage aus der Sitzung der Bürgerschaft am 26.08.2021 in den Bau- und Sanierungsausschuss)
- 10 Straßenmusik und Straßenkunst in Wismar
(verwiesene Vorlage aus der Sitzung der Bürgerschaft am 26.08.2021 in den Bau- und Sanierungsausschuss)
- 11 Sonstiges, u. a.
- Schreiben von Frau Runge vom 19.08.2021 (Bänke/Blumenkübel)
(verwiesene Vorlage aus der Sitzung der Bürgerschaft am 26.08.2021 in den Bau- und Sanierungsausschuss)(verwiesene Vorlage aus der Sitzung der Bürgerschaft am 26.08.2021 in den Bau- und Sanierungsausschuss)

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1 Besichtigung des Löwe-Speichers

Die Sitzung des Bau- und Sanierungsausschusses begann um 16:30 Uhr mit der Besichtigung des Löwe-Speichers. Herr Kargel begrüßt vor Ort alle Anwesenden.

An der Besichtigung nehmen auch die Vertreter der gebildeten Arbeitsgruppe „Löwe-Speicher“ teil, ebenfalls die Vertreter der Verwaltung.

Herr Sonntag, DSK-Wismar, übernimmt die Führung durch den Löwe-Speicher.

Nach Beendigung der Besichtigung wird der Bau- und Sanierungsausschuss im Zeughaus fortgeführt.

2 Einwohnerfragestunde (Bitte den Hinweis in der Einladung beachten!!!)

Es gibt keine Einwohnerfragen für die Sitzung des Bau- und Sanierungsausschusses.

3 Begrüßung durch den Vorsitzenden

Herr Kargel begrüßt alle Anwesenden und Gäste.

4 Eröffnung / Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Kargel eröffnet die Sitzung um 17:30 Uhr im Zeughaus und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

5 Bestätigung der Tagesordnung

Die vorliegende Tagesordnung ist allen Ausschussmitgliedern fristgerecht zugestellt worden.

Wortmeldungen:

Herr Dr. Schubach merkt an, dass unter dem TOP 11. „Sonstiges“ geht es um ein Schreiben von Frau Runge vom 19.08.2021. Dieses Schreiben ist ihm nicht bekannt.
Herr Kargel gibt dazu eine Antwort.

Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig bestätigt

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltungen: 0

6 Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.08.2021

Das Protokoll der Sitzung wird bestätigt.

Abstimmungsergebnis:
bestätigt

Ja-Stimmen:8

Nein-Stimmen:0

Enthaltungen:1

7 Friedhofsentwicklungskonzept

Vorlage: VO/2021/3963

Wortmeldungen:

Herr Kargel begrüßt die Gäste Herrn Brosig, Leiter des Ordnungsamtes, Frau Schaller-Uhl, Leiterin des Friedhofes, und Frau Adolphi, Landschaftsarchitektin Adolphi/Rose.

Herr Brosig findet einleitende Worte zur Notwendigkeit des Friedhofsentwicklungskonzeptes.

Frau Adolphi präsentiert die Friedhofsentwicklungsplanung für das Gartendenkmal Friedhof Wismar auf der Grundlage der Denkmalflegerischen Zielstellung. Die Friedhofsentwicklungsplanung soll Lösungsansätze für den Umgang mit den Überhangflächen des Friedhofs und eine Planung für die perspektivische Entwicklung für den Friedhof aufzeigen. Der städtische Friedhof der Hansestadt Wismar wurde 1986 als Gartendenkmal unter Denkmalschutz gestellt.

Der Wismarer Friedhof entstand im Jahr 1831 auf dem bis dato für Hinrichtungen genutzten Galgenberg.

Der Friedhof der Hansestadt Wismar befindet sich ca. 1,3 km vom Stadtzentrum entfernt auf zwei Teilflächen beiderseits der Schweriner Straße – den Westfriedhof und den Ostfriedhof -. Er umfasst mit seinen beiden Teilflächen eine Größe von nahezu 23 Hektar.

Frau Adolphi ging im Einzelnen auf die Historie des städtischen Friedhofs anhand der Präsentation ein. Die Planung für den Friedhof außerhalb der Stadtgrenze wurde maßgeblich nach Wünschen des Bürgermeisters Haupt und des Schiffsklarierers und Kaufmanns Gottfried Martens beeinflusst. Ein erhaltener Plan aus dem Jahr 1844 zeigt eine romantische Gartenanlage im landschaftlichen Stil.

Der neue Friedhof, der sogenannte Westfriedhof, wurde nach fachlicher Beratung durch den Großherzoglichen Gartendirektor Theodor Klett aus Schwerin angelegt und am 30. Mai 1862 geweiht. Auch dieser Friedhof wurde parkähnlich angelegt.

Weiter machte Frau Adolphi Ausführungen zu den baulichen Anlagen, zu den Großgrün- und Vegetationsflächen, zu dem faunistischen Bestand und zu der Ausstattung des Gartendenkmals Friedhof.

Herr Benz nimmt an der Sitzung ab 17:50 Uhr teil.

Herr Senator Berkhahn nimmt an der Sitzung ab 18:00 Uhr teil.

Frau Schaller-Uhl berichtet, dass mit der politischen Wende um 1990 eine grundlegende Änderung des Bestattungsverhaltens und damit der Bestattungskultur erfolgte. Von 1990 bis 2020 ist bei den Beerdigungen auf dem Friedhof ein allgemeiner Rücklauf um 25 % zu verzeichnen. Die Verschiebung der Beerdigungsformen wirkt sich deutlich auf die Flächeninanspruchnahme aus.

Um langfristig richtige Entscheidungen hinsichtlich der Flächengestaltungen und –nutzungen treffen zu können, ist hier eine konzeptionelle Betrachtung des Friedhofs notwendig. Anhand der Präsentation gibt Frau Schaller-Uhl eine Übersicht der kurzfristigen und späteren Maßnahmen ab 2021, 2022, 2023 und ab 2024.

Herr Kargel dankt den Gästen für ihre Ausführungen und eröffnet die Diskussion und bittet um Wortmeldungen.

Wortmeldungen:

Frau Schmidt-Blaahs hat in Abstimmung mit Ihrer Fraktion folgende Fragen:
Erfolgt eine Umwandlung von Grünflächen in öffentliche Flächen und ist die Integrierung eines Spielplatzes vorgesehen.

Weiter möchte sie wissen, ob eine Ersatzpflanzung vorgesehen ist, wenn geschützte Bäume gefällt werden.

Wird die Leinenpflicht für Hunde auf dem Friedhof kontrolliert?

Durch Frau Schaller-Uhl und Frau Adolphi werden die Fragen beantwortet.

Herr Brosig ergänzt, dass nicht die Polizei die Kontrollen durchführt, sondern oftmals die Mitarbeiter der Friedhofsverwaltung selbst. Er verweist in diesem Zusammenhang noch einmal auf die Friedhofsordnung.

Herr Tewes fragt nach dem Weg zu Gröningsgarten und ob dieser noch besteht. Hier antwortet Frau Schaller-Uhl, dass in den 90er Jahren der Weg offen war und genutzt wurde.

Der Friedhof sollte auch in Zukunft ein Ort der Ruhe und Besinnung sein, bekräftigt Herr Tewes.

Weiter möchte Herr Tewes wissen, ob auf dem Ostfriedhof (Feld 22) eine Begräbnisstätte für Muslime vorgesehen und angedacht ist.

Frau Schaller-Uhl antwortet, dass ein Bereich dafür vorgesehen werden kann, wenn der Bedarf da ist.

Damit die einzelnen Fraktionen nochmals über das Friedhofsentwicklungskonzept beraten können, wird durch Herrn Kargel der Vorschlag unterbreitet, die Vorlage erneut in der Sitzung am 11.10.2021 zu beraten (Vertagung). Diesem Vorschlag wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen:6

Nein-Stimmen:0

Enthaltungen:3

Herr Brosig, Frau Schaller-Uhl und Frau Adolphi verlassen die Sitzung um 18:31 Uhr.

8 Aufhebung Beschlussvorlage Einvernehmen der Gemeinde
Vorlage: VO/2021/4049

Wortmeldungen:

Herr Kargel bittet die Verwaltung um Informationen zu dieser Vorlage.

Frau Domschat-Jahnke erläutert die Punkte 1. und 2. des Beschlusses. Diese gehen auf eine Beschlusslage aus dem Jahre 2001 zurück. Sowohl die Rechtssprechung als auch die Rechtslage haben sich geändert, so dass die Aufhebung als notwendig erachtet wird.

Das Einvernehmen der Gemeinde ist in § 36 des BauGB geregelt und mit dem Einverständnis einer Gemeinde zu einem Bauvorhaben gleichzusetzen. Grundsätzlich kommt es nur zum Tragen, wenn es sich bei der Baugenehmigungsbehörde und der Gemeinde um zwei verschiedene Behörden handelt. Da in der Hansestadt Wismar die Gemeinde gleichzeitig Baugenehmigungsbehörde ist, ist der § 36 des BauGB prinzipiell nicht anwendbar.

Frau Domschat-Jahnke geht im Einzelnen auf die Punkte 1. bis 3. des Beschlusses der Bürgerschaft vom 31.05.2001 ein.

Die Hauptsatzung der Hansestadt Wismar wurde in dem Punkt angepasst, indem u.a. Themenbereiche des Bau- und Sanierungsausschusses konkretisiert und dabei der bisherige dort aufgeführte Themenbereich „Einvernehmen der Gemeinde“ gestrichen wurde. Die Hauptsatzung wurde in der Bürgerschaftssitzung am 17.12.2020 neu beschlossen. Aufgrund dieser geänderten Rechtssprechung und der geänderten Hauptsatzung ist der Bürgerschaftsbeschluss vom 31.05.2001 aufzuheben.

Dennoch wird der Unterrichtungspflicht über für das gemeindliche Planungsinteresse bedeutender Vorhaben künftig wie folgt nachgekommen, zum einen als Bericht des Bürgermeisters im ALLRIS (schriftlich) und zum anderen in Ergänzung dazu als Information im Bau- und Sanierungsausschuss (mündlich) versichert Frau Domschat-Jahnke.

Herr Kargel dankt Frau Domschat-Jahnke für ihre Ausführungen und eröffnet die Diskussion.

Weitere Wortmeldungen:

Herr Dr. Schubach unterbreitet dem Ausschuss zwei Vorschläge, den Beschluss aus dem Jahre 2001 nicht vollständig aufzuheben und Abweichungen weiterhin im Ausschuss zu behandeln sowie eine Änderung der Fristen vorzunehmen.

Frau Gerber verlässt um 18:42 Uhr die Sitzung.

Herr Senator Berkhahn bekräftigt, dass die Hansestadt Wismar auch weiterhin die Planungshoheit ausübt und gewährleistet. Die Änderung der Hauptsatzung wurde mehrfach diskutiert. Daraufhin hat die Bürgerschaft in ihrer Sitzung im Dezember 2020 die Hauptsatzung in geänderter Form beschlossen, auch was das „Einvernehmen der Gemeinde“ betrifft.

Herr Kargel möchte wissen, was die Aufhebung des Beschlusses über das „Einvernehmen der Gemeinde“ jetzt konkret für den Bau und Sanierungsausschuss bedeutet.

Herr Dr. Schubach schlägt vor, die Vorlage zurückzustellen, um diese in den Fraktionen nochmals zu beraten. Auch sollte in den Fraktionen nochmals die Änderung der Hauptsatzung, die durch die Bürgerschaft beschlossen wurde, ohne dass die Fraktionen hier eingebunden waren, beraten werden.

Frau Schmidt-Blaahs möchte wissen, wer dann zukünftig über die im Einvernehmen behandelnden Bauvorhaben entscheidet, wenn diese nicht mehr auf der Tagesordnung stehen.

Auch Herr Kargel fragt, wie dann zukünftig mit den Befreiungsanträgen umgegangen wird.

Hier antwortet Frau Domschat-Jahnke, dass alle Vorhaben nach gesetzlichen Rahmenbedingungen durch die Verwaltung geprüft werden.

Frau Runge bringt ihr Befremden über das zukünftige Vorgehen bezüglich des „Einvernehmens der Gemeinde“ zum Ausdruck.

Herr Dr. Reimann äußert sich kritisch über die Änderung der Hauptsatzung, die ihm nicht bekannt ist.

Der Ausschuss folgt dem Vorschlag von Herr. Dr. Schubach, in den Fraktionen nochmals über die Änderung der Hauptsatzung und über die Aufhebung des Beschlusses zum „Einvernehmen der Gemeinde“ zu beraten.

Der Bau- und Sanierungsausschuss spricht sich dafür aus, die Vorlage erneut in der nächsten Sitzung am 11.10.20221 zu beraten (Vertagung).

Abstimmungsergebnis:
einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen:9
Nein-Stimmen:0
Enthaltungen:0

9 Vorfahrtsregelung Ostseeradweg **Vorlage: VO/2021/4038**

Wortmeldungen:

Herr Kargel informiert, dass es sich bei dieser Vorlage um eine verwiesene Vorlage aus der Sitzung der Bürgerschaft am 26.08.2021 handelt und bittet die einreichende Fraktion Liberale Liste – FDP/Born, Torsten um Erläuterungen.

Herr Dr. Reimann begründet den Antrag, dass aufgrund des spürbar höheren Verkehrsaufkommens, überwiegend bedingt durch den regionalen und überregionalen Radverkehr, eine schlechte Übersichtlichkeit der Kreuzung im Bereich Ernst-Scheel-Straße in den Schwarzen Weg/Kreuzung Spinnakerweg herrscht und ob hier die Vorfahrtsregelung geändert werden kann.

Herr Kargel begrüßt Herrn Benz vom Ordnungsamt.

Herr Benz informiert, dass der Ostseeradweg von der Ernst-Scheel-Straße in Richtung Schwarzer Weg führt und ebenso in die Gegenrichtung. Die Ernst-Scheel-Straße ist ein verkehrsberuhigter Bereich und der Schwarze Weg ein Geh- und Radweg. Diese beiden Wege sind untergeordnete Straße. Eine Änderung der Vorfahrtsregelung ist aufgrund der untergeordneten Straßenführung zurzeit nicht umsetzbar. Einen gemeinsamen Vororttermin mit dem Ordnungsamt, der Polizei und dem Bauamt wird es an diesem Knotenpunkt morgen (14.09.2021) geben, um hier ggf. Verbesserungen zu den Sichtachsen abzustimmen.

Herr Kargel dankt Herrn Benz für die Erläuterungen.

Wortmeldungen: Herr Dr. Reimann, Herr Kargel, Herr Senator Berkhahn

Herr Kargel schlägt vor, dass nach dem gemeinsamen Vororttermin ein Bericht/Antwort erstellt wird. Somit wird die Vorlage nicht weiter beraten und zurückgezogen. Diesem Vorschlag wird zugestimmt.

Herr Benz verlässt die Sitzung um 19:13 Uhr.

10 Straßenmusik und Straßenkunst in Wismar
Vorlage: VO/2021/4047

Wortmeldungen:

Diese Vorlage ist ebenfalls eine verwiesene Vorlage aus der Sitzung der Bürgerschaft vom 26.08.2021. Herr Kargel bittet die einreichende Fraktion Liberale Liste – FDP/CDU-Fraktion/Born, Torsten um Erläuterungen.

Für die Straßenmusik und Straßenkunst in der Hansestadt Wismar ist ergänzend zur Sondernutzungssatzung eine Allgemeinverfügung zu erlassen und eine Änderung der Sondernutzungssatzung vorzubereiten. Diese Allgemeinverfügung sollte die Ruhezeiten für bestimmte Bereiche konkret regeln und einen festen Schallpegel aufnehmen, der nicht überschritten werden darf.

Die CDU-Fraktion macht keine Ausführungen dazu.

Herr Dr. Reimann erklärt, dass der vorliegende Bericht/Antwort der Verwaltung (VO/2021/4047-01) ausreichend und aussagefähig ist.

Wortmeldungen: Frau Schmidt-Blaahs, Herr Senator Berkhahn, Herr Fuhrwerk

Herr Kargel schlägt vor, dass die Vorlage nicht weiter beraten werden soll und somit zurückgezogen wird. Diesem Vorschlag wird zugestimmt.

11 Sonstiges, u. a.
– Schreiben von Frau Runge vom 19.08.2021 (Bänke/Blumenkübel)

Wortmeldungen:

Herr Kargel informiert über ein Schreiben von Frau Runge, die die Bitte geäußert hat, in der nächsten Sitzung des Bau- und Sanierungsausschusses am 13.09.2021 nachfolgende Problematik zu behandeln.

Frau Runge wurde von Bürgern angesprochen, die ihre Bänke vor der Haustür entfernen und auch ausgesäte Blumen entfernen sollten.

Es ergeht die Frage von Frau Runge, wer alles angeschrieben wurde (welche Straßenzüge) und wie den Bürgern im Rahmen der Gestaltungssatzung Möglichkeiten der Bepflanzung grundstücksnah aufgezeigt und Einschränkungen kommuniziert wurden.

Herr Kargel geht im Weiteren auf ein Schreiben von Herrn Hake ein, das u. a. zum Inhalt hat, dass Altstadtbewohner aufgefordert wurden, Blumentöpfe, Pflanzschalen und –kübel sowie Sitzmobiliar, das sie vor ihren Häusern aufgestellt haben, zu entfernen. Herr Hake bemängelt weiter, dass es in der Altstadt ohnehin an Begrünung und Sitzgelegenheiten mangelt, und die Stadt doch froh und dankbar über die Eigeninitiative ihrer Altstadtbewohner sein sollte.

Herr Senator Berkhahn bekräftigt, dass gemäß Sondernutzungssatzung die für den Verkehr gewidmeten öffentlichen Flächen nur eingeschränkt und unter bestimmten Voraussetzungen für andere Zwecke als dem sogenannten Gemeingebrauch nutzbar sind. Die begrenzten Verkehrsflächen, insbesondere die in der Altstadt, sind für alle Verkehrsteilnehmer uneingeschränkt nutzbar und müssen zur Verfügung stehen. Für Gewerbetreibende gibt es gemäß Sondernutzungssatzung eine Ausnahme, da diese zur Präsentation ihrer Waren darauf angewiesen sind, sich im öffentlichen Raum darzustellen und diesen zu nutzen. Seitens der Verwaltung wird nur in den Fällen eingeschritten und die Eigentümer entsprechend angeschrieben, wenn baulich in die öffentliche Verkehrsfläche eingegriffen oder diese geschädigt bzw. zerstört wird.

Frau Domschat-Jahnke äußert sich kritisch, dass gleichlautende Briefe zum Teil anonym an die Verwaltung gesandt wurden – konkret sind es 13 Schreiben von Bewohnern, die aber nicht durch die Verwaltung angeschrieben wurden.

Lediglich in 3 konkreten Fällen wurden Aufforderungen zur Wiederherstellung des ursprünglichen Gehweges an die Eigentümer versandt. Hier wurde durch die Eigentümer ungefragt und ungenehmigt der öffentliche Gehweg baulich verändert, Fußwegplatten beschädigt bzw. nicht wie genehmigt wieder hergestellt. Durch Private wurden die eigenen Grundstücksflächen verlassen und baulich nach Belieben umgebaut. Das Privateigentum endet an den Hausfassaden, daher wurden die entsprechenden Eigentümer angeschrieben.

Weitere Wortmeldungen ergehen von Frau Schmidt-Blaahs, die sich dahingehend äußert, dass sie diese sogenannten „Flyer“ nicht mit vorbereitet und geschrieben hat.

Herr Leja verweist auf die gültige Sondernutzungssatzung, die die Bürgerschaft beschlossen hat.

Frau Runge kritisiert die Art und Weise der Veröffentlichung in der Ostsee-Zeitung.

Herr Dr. Schubach ist der Auffassung, dass Rosen das Stadtbild bereichern und somit die Stadt lebenswerter machen.

Herr Dr. Reimann findet, dass die Stadt Wismar eine „Grüne Stadt“ ist. Oftmals hat die Berankung von Efeu und Wein Auswirkungen auf die Fassaden der Häuser. Er gibt zu bedenken, dass die dem Denkmalschutz abträglich sein kann.

Frau Domschat-Jahnke möchte eine Anregung geben, dass die Eigentümer selbst die Möglichkeit haben, an ihren Gebäuden bzw. auf ihren eigenen Flächen Umgestaltungen in Form von Blumenkästen auf ihren Fensterbänken oder auf den Treppen bzw. in den Hinterhöfen vorzunehmen und hier ihre Kreativität „ausleben“ zu können.

Im Weiteren bekräftigt Frau Domschat-Jahnke, dass keine weiteren Anwohner angeschrieben wurden. Die Verwaltung geht nicht gegen das derzeit errichtete Grün vor, wenn hier keine Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit vorliegt.

Letztlich bittet Herr Kargel, dies in den Fraktionen nochmals zu beraten.

Es ergehen weitere Wortmeldungen.

➤ **Böttcherstraße**

Frau Schmidt-Blaahs möchte wissen, warum gegenwärtig in der Böttcherstraße Baumschutzmaßnahmen durchgeführt werden, obwohl dies vor dem 01.10.2021 nicht erlaubt ist. Die Verwaltung sagt eine Antwort in der nächsten Sitzung des Ausschusses zu.

➤ **Verkehrsführung Beguinenstraße/Böttcherstraße**

Frau Schmidt-Blaahs spricht die Verkehrsführung in der Straße an. Gibt es hier eine Möglichkeit, die Beschilderung zu ändern, da hier große LKW's die Straße befahren. Das Anliegen wird durch die Verwaltung geprüft.

➤ **Verkehrsentwicklungskonzept**

Frau Schmidt-Blaahs fragt nach, ob bei dem erarbeiteten Verkehrsentwicklungskonzept auch die aktuellen Planungen der Straßen Berücksichtigung finden.
Herr Senator Berkahn beantwortet die Frage.

➤ **Fischerturm**

Herr Dr. Reimann richtet die Frage an die SPD-Fraktion bezüglich des derzeitigen Standes.
Frau Runge antwortet, dass hier kein weiteres Interesse mehr an die Fraktionen herangetragen wurde.
Herr Senator Berkahn, Herr Kargel und Herr Günter verweisen bezüglich eines Alternativstandortes auf den gültigen Bebauungsplan in diesem Gebiet und auf die Fläche des Großparkplatzes.

➤ **Baugebiet Lübsche Burg**

Herr Rakow möchte wissen, warum seit Jahren auf der Brachfläche keine Bautätigkeit zu verzeichnen ist.
Diese Fläche ist im Privatbesitz.

Für das gesamte Baugebiet Lübsche Burg-Ost ist ein Erschließungsvertrag mit dem Bauträger und der Hansestadt Wismar geschlossen worden, die Straßenbeschilderung ist zwischenzeitlich erfolgt, an dem Endausbau der Straßen wird gegenwärtig gearbeitet, ist die Antwort der Verwaltung.

Weitere Wortmeldungen gibt es nicht.

Herr Kargel beendet um 20:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung und stellt die Nichtöffentlichkeit her.